

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Autoren	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXV
Literaturverzeichnis	XLI
VOB/B	1
§ 1 Art und Umfang der Leistung	1
§ 2 Vergütung	38
§ 3 Ausführungsunterlagen	361
§ 4 Ausführung	379
§ 5 Ausführungsfristen	457
§ 6 Behinderung und Unterbrechung der Ausführung	486
§ 642 BGB Mitwirkung des Bestellers	587
§ 7 Verteilung der Gefahr	629
§ 8 Kündigung durch den Auftraggeber	646
§ 9 Kündigung durch den Auftragnehmer	722
§ 10 Haftung der Vertragsparteien	737
§ 11 Vertragsstrafe	770
§ 12 Abnahme	803
§ 13 Mängelansprüche	844
§ 14 Abrechnung	1005
§ 15 Stundenlohnarbeiten	1028
§ 16 Zahlung	1054
§ 17 Sicherheitsleistung	1157
§ 18 Streitigkeiten	1236
BGB	1253
§ 650e Sicherungshypothek des Bauunternehmers	1253
§ 650f Bauhandwerkersicherung	1269
FIDIC Conditions of Contract	1305
Stichwortverzeichnis	1491

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Autoren	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXV
Literaturverzeichnis	XLI

VOB/B	1
--------------------	----------

§ 1 Art und Umfang der Leistung	1
1 Einführung	1
1.1 Allgemeines	1
1.2 Systematik	3
1.3 Wirksamer Bauvertrag als Voraussetzung	3
1.4 Eingeschränkte Privilegierung der VOB/B	7
1.5 Einbeziehung der VOB/B	9
2 Art und Umfang der Leistung (Abs. 1)	10
2.1 Bestimmung des Leistungssolls aus der Gesamtheit der Vertragsunterlagen	10
2.2 Einbeziehung der VOB/C	11
3 Widersprüche im Vertrag (Abs. 2)	12
3.1 Allgemeines	12
3.2 Allgemeine Auslegungsregeln	13
3.3 Auslegungsregel des § 1 Abs. 2	14
4 Änderungen des Bauentwurfs (Abs. 3)	16
4.1 Allgemeines	16
4.2 Inhalt der Änderungsbefugnis	16
4.3 Form der Anordnung, Adressat	21
4.4 Rechtsfolgen der Änderungsanordnung	22
5 Zusätzliche Leistungen (Abs. 4)	23
5.1 Allgemeines	23
5.2 Voraussetzungen des Änderungsrechts	25
5.3 Andere Leistungen	26
5.4 Form der Anordnung, Adressat, Rechtsfolge	27
6 Anhang zu § 1 VOB/B: Unternehmereinsatzformen	27
6.1 Allgemeines	27
6.2 Unternehmereinsatzformen	28
6.3 Rechtsformen auf Auftragnehmerseite	30
6.4 Rechtsform projektbezogener Kooperationen (ARGE, Konsortium)	32
6.5 Rechtsverhältnisse innerhalb der ARGE/Außenrechtsverhältnisse der ARGE	34
6.6 Insolvenz und Ausscheiden eines Gesellschafters	36
6.7 Auflösung der ARGE und Auseinandersetzung	37
§ 2 Vergütung	38
1 Einführung	44
1.1 Allgemeines	44
1.2 Obligatorische Entgeltlichkeit gem. § 632 BGB	46
1.3 Vollmacht zum Vertragsschluss und zur Preisvereinbarung	49
1.4 Verjährung	57
1.5 Nichtigkeit, Unwirksamkeit und Anfechtung der Preisvereinbarung	58
1.6 Störung der Geschäftsgrundlage, § 313 BGB	61
1.6.1 Störung der Geschäftsgrundlage und Kalkulation	63
1.6.2 Störung der Geschäftsgrundlage und Mengenabweichungen	64
1.6.3 Die neue Geschäftsgrundlage – Rechtsprechung des BGH	65
1.6.4 Störung der Geschäftsgrundlage und Baustoffpreiserhöhung	67

Inhaltsverzeichnis

	1.6.5	Störungen wegen verzögerter Zuschlagserteilung im förmlichen Vergabeverfahren nach VOB/A oder SektVO	69
	1.6.6	Weitere Fallgruppen zur Störung der Geschäftsgrundlage	71
	1.7	Umsatzsteuer	71
	1.8	Anerkenntnis	72
2		Umfang der vertraglich geschuldeten Bauleistung (Abs. 1)	72
	2.1	Die Leistungsbeschreibung	73
	2.1.1	Nebenleistungen und Besondere Leistungen nach VOB/C.	73
	2.1.2	Leistungsbeschreibung mit Leistungsverzeichnis	74
	2.1.3	Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm – Funktionale Ausschreibung	76
	2.1.4	Mischformen der Ausschreibung	79
	2.1.5	Wahl- und Bedarfspositionen in der Leistungsbeschreibung	80
	2.2	Besondere, Zusätzliche Technische und Allgemeine Technische Vertragsbedingungen	81
	2.3	Gewerbliche Verkehrssitte	82
	2.4	Erfolgshaftung des AN und Vertragsoll	83
	2.5	Auslegung der Leistungsbeschreibung	86
	2.5.1	Auslegungsgrundsätze	86
	2.5.2	Risikotragung für Lücken in der Leistungsbeschreibung	89
	2.5.3	Vergaberechtlicher Verstoß führt nicht notwendig zu vertraglichem Anspruch	90
	2.5.4	Das Kalkulationsrisiko des AN	91
3		Berechnung der Vergütung (Abs. 2)	93
	3.1	Einheitspreisvertrag	94
	3.2	Pauschalpreisvertrag	95
	3.3	Abrechnung nach Stundenlohn und Selbstkostenerstattung	96
	3.4	Abrechnung geänderter und zusätzlicher Leistungen	97
	3.5	Festpreis	98
	3.6	Preisgleitklausel	99
4		Mengenabweichungen beim Einheitspreisvertrag (Abs. 3)	102
	4.1	Allgemeines	103
	4.2	Basisregel (Nr. 1)	105
	4.3	Mengenmehrungen (Nr. 2)	106
	4.3.1	Allgemeines, Rechtslage bis zur Entscheidung des BGH im Jahr 2019	106
	4.3.2	Aktuelle Rechtslage nach der Rechtsprechung des BGH aus dem Jahr 2019	120
	4.4	Mengenminderungen (Nr. 3)	122
	4.5	Neuer Einheitspreis für reduzierte Mengen	122
	4.5.1	Nicht ausgeführte Positionen – Nullpositionen	122
	4.5.2	Ausgleich und Ausgleichsberechnung	123
	4.6	Änderung der Pauschalsumme (Nr. 4)	126
	4.7	Ausschluss und Änderung durch Allgemeine Geschäftsbedingungen	127
	4.8	Preis Anpassungsmöglichkeiten gemäß § 2 Nr. 3	130
	4.8.1	Die Ermittlung des neuen Einheitspreises bei einer Mengenüberschreitung über 110 % hinaus	133
	4.8.2	Anhand eines vereinfachten Beispiels wird zunächst die Ermittlung eines neuen Einheitspreises bei einer über 110 % hinausgehenden Überschreitung des Mengenansatzes gem. § 2 Abs. 3 Nr. 2 veranschaulicht	133
	4.8.3	Beispielberechnung der Mengenerhöhung ohne Veränderung der EKT-Struktur	135
	4.8.4	Beispielberechnung der Mengenerhöhung mit Veränderung der EKT-Struktur. Die Einzelkosten der Teilleistung (EKT) verringern sich	135
	4.8.5	Beispielberechnung der Mengenerhöhung mit Veränderung der EKT-Struktur. Die Einzelkosten der Teilleistung (EKT) erhöhen sich	136
	4.8.6	Die Ermittlung eines neuen Einheitspreises bei einer Mengenunterschreitung um mehr als 10 %	137
	4.8.7	Gemeinkostenausgleichsberechnung, ohne Berücksichtigung der Bauzeit	138
5		Teilkündigung durch Übernahme von Leistungsteilen (§ 2 Abs. 4)	145
	5.1	Tarbestandsvoraussetzungen	146
	5.2	Rechtsfolge	147
	5.3	Ausschluss und Änderung durch Allgemeine Geschäftsbedingungen	147

	5.4 Reduzierung der Vertragspflichten des AN	148
6	Änderungsanordnungen (Abs. 5)	148
	6.1 Anordnung einer Änderung des Bauentwurfs durch den AG	149
	6.1.1 Änderungen durch Anordnungen Dritter	150
	6.1.2 Änderung der anerkannten Regeln der Technik	154
	6.1.3 Einvernehmlich veränderte Ausführung	155
	6.1.4 Stillschweigende und konkludente Anordnungen	156
	6.1.5 Andere Anordnungen	157
	6.1.6 Bauzeitverzögerungen durch Änderungen des Bauentwurfs	159
	6.1.7 Anordnung sowieso geschuldeter Leistungen	160
	6.1.8 Erschwernisse bei der Bauausführung	160
	6.1.9 Baugrundrisiko	161
	6.1.10 Das Vergabeverfahrensrisiko	161
	6.2 Auswirkungen der Anordnung geänderter Leistungen auf die Preisgrundlagen des Vertrags	179
	6.2.1 Bindung des AN an kalkulierte Preise	181
	6.2.2 Nachlässe bei der Bildung neuer Preise	187
	6.2.3 Preisvereinbarung vor der Ausführung	192
	6.2.4 Nachtragsbearbeitungskosten	193
	6.2.5 Die Berechnung von Vergütungsansprüchen aufgrund geänderter Leistungen, ohne Berücksichtigung der Bauzeit	195
	6.2.6 Ermittlung des Preises für die geänderte Leistung	200
	6.2.7 Die grundsätzliche Berechnungsmethodik eines neuen Preises nach BGB §§ 650b und c unter Berücksichtigung des Ansatzes der Berücksichtigung von »tatsächlich erforderlich Kosten«	201
	6.3 Leistungsverweigerungsrecht des AN bei verweigerter Preisvereinbarung	203
	6.3.1 Rechtsprechung zur Leistungsverweigerung bei verweigerter Preisvereinbarung	205
	6.3.2 Voraussetzungen eines Leistungsverweigerungsrechts bei verweigerter Preisvereinbarung	208
	6.4 Leistungsverweigerungsrecht des AN wegen vergaberechtswidrig beauftragter Auftragsweiterungen nach § 132 GWB	213
	6.5 Leistungsverweigerungsrecht des AN bei Verweigerung von Abschlagszahlungen auf Nachtragsrechnungen	216
	6.6 Ausschluss und Änderung durch Allgemeine Geschäftsbedingungen	216
	6.7 Verjährung von Nachtragsforderungen	221
7	Anordnung von zusätzlichen Leistungen (Abs. 6)	222
	7.1 Fordern der zusätzlichen Leistung	226
	7.2 Ankündigungspflicht für Mehrvergütung	228
	7.3 Berechnung des neuen Preises	230
	7.3.1 Beispielhafte Berechnung zur Anwendung des § 2 Abs. 6 VOB/B: Vergütung von zusätzlichen Leistungen	231
	7.3.2 Sittenwidrige Preise	235
	7.4 Nachlässe des Hauptvertrages gelten nicht für zusätzliche Leistungen	237
	7.5 Keine Pflicht zur vorherigen Preisvereinbarung	238
	7.6 Leistungsverweigerungsrecht des AN bei verweigerter Preisvereinbarung	239
	7.7 Das Baugrundrisiko, Bodenkontaminationen und andere unvorhergesehene Erschwernisse im Bestand	239
	7.7.1 Beschaffenheitsvereinbarung als Voraussetzung für den Mehrvergütungsanspruch des AN	240
	7.7.2 Risikoübertragung durch unterbliebene oder funktionale Beschreibung?	242
	7.7.3 Risiko der Bodenkontamination, insbesondere Teerstraßenentscheidung des BGH	244
	7.7.4 Keine anderen Grundsätze bei nicht-öffentlichem AG	246
	7.7.5 Abweichungen von Kalkulationsannahmen	247
	7.7.6 Rechtsfolgen der Abweichung von Wasser- und Bodenverhältnissen	249
	7.7.7 Abweichende vertragliche Vereinbarungen	249
	7.7.8 Systemrisiko	251
	7.8 Abgrenzung von Abs. 5 und Abs. 6	251

Inhaltsverzeichnis

7.9	Ausschluss und Änderung durch Allgemeine Geschäftsbedingungen	252
7.10	Die Berechnung von Vergütungsansprüchen aufgrund einer aus geänderten und/oder zusätzlichen Leistungen resultierenden Bauzeitverlängerung	254
7.10.1	Berechnung durch baubetriebliches Sachverständigengutachten	256
7.10.2	Bauzeitenplan und Bauablaufplan (vertragsgemäßer Soll-Bauablauf)	256
7.10.3	Tatsächlicher Ablauf (Ist-Bauablauf) und Dokumentation	260
7.10.4	Sachverhalts-Feststellung, Soll-Ist-Vergleich für Bauablauf und Bauzeit	260
7.10.5	Änderungen des Bauablaufs und der Bauzeit, gestörter Bauablauf	262
7.10.6	Bestimmung der zeitlichen Änderungen als Ausgangslage für die finanziellen Folgen von Störungen	271
7.10.7	Mehrkosten aus Ablaufänderung und Bauzeitverlängerung nach § 2 Abs. 5 und § 2 Abs. 6	273
8	Pauschalsumme als Vergütung – Der Pauschalvertrag (Abs. 7)	291
8.1	Grundlagen und Rechtsnatur	291
8.1.1	Einordnung anhand der VOB/A	292
8.1.2	Einheitspreisvertrag ist die Regel, Pauschalvertrag die Ausnahme	293
8.2	Gegenstand der Pauschalierung – Ermittlung des Vertragsinhalts	294
8.2.1	Beweislast	294
8.2.2	Der AN trägt das Mengenrisiko	295
8.2.3	Leistungsinhalt des Pauschalvertrags	296
8.2.4	Typische Anwendungsfälle des Pauschalvertrags	297
8.2.5	Exkurs: Der GMP-Vertrag	298
8.2.6	Auslegung des Vertrags bei nicht beschriebenen Risiken	299
8.2.7	Vergaberechtskonforme Auslegung bei Verträgen, die nach VOB/A geschlossen wurden	300
8.3	Nebenleistungen und Besondere Leistungen	301
8.4	Die funktionale Ausschreibung – Globalpauschalvertrag	302
8.4.1	(Mit-)Definition der Leistung durch den AN nach § 315 BGB	302
8.4.2	Kammerschleusen- und Karrengefängnis-Urteile des BGH	304
8.4.3	Funktionale Ausschreibung privater Auftraggeber	307
8.5	Festpreis	310
8.6	Preisanpassung und Nachträge im Pauschalvertrag	312
8.6.1	Übernahme von Teilleistungen durch den AG	312
8.6.2	Anordnungen des AG	312
8.6.3	Die Ermittlung der Leistungsabweichung	317
8.6.4	Preisänderung nach einvernehmlicher Leistungsanpassung	318
8.7	Anpassung des Pauschalpreises wegen Störung der Geschäftsgrundlage	318
8.7.1	Anspruchsvoraussetzungen	319
8.7.2	Unzumutbarkeit der Mengenabweichung	319
8.7.3	Mengenabweichung oder Leistungsänderung?	323
8.7.4	Neue Anwendungsfälle aus der gewandelten Geschäftsgrundlage-Rechtsprechung des BGH	325
8.7.5	Preisanpassung bei Fehlern der Berechnungsmethode im Angebot oder im Vertrag	328
8.7.6	Anpassung der Pauschale wegen erheblicher Nachträge	329
8.8	Übernahme des »Mengenrisikos« durch den AN	330
8.8.1	Mengen können vollständig ermittelbar sein	330
8.8.2	Einheitspreise im Pauschalvertrag – Mischformen	331
8.8.3	Toleranzklauseln zur Risikobegrenzung	332
8.8.4	Konkret vereinbarte Mengen	333
8.8.5	Festpreis, Maximalpreis, Garantie	333
8.9	Vollständigkeits-, Schlüsselfertig- und Komplettheitsklauseln	334
8.9.1	Planungsverantwortung und Komplettheit	334
8.9.2	Keine Verlagerung des Risikos einer unvollständigen Ausschreibung	337
8.9.3	Komplettheitsklauseln und Schadstoffrisiko	343
8.9.4	Verstoß gegen das Transparenzgebot	344
8.9.5	Kein Zwang zum Abschluss eines fehlkalkulierten Vertrags	345
8.10	Die Ermittlung des neuen Preises	346

9	Ausführung nicht beauftragter bzw. unter eigenmächtiger Abweichung vom Vertrag ausgeführter Leistungen (Abs. 8)	348
9.1	Einführung	348
9.2	Vertraglich nicht geschuldete Leistung	349
9.3	Rechtsfolgen	350
9.3.1	Keine Vergütung (§ 2 Abs. 8 Nr. 1 S. 1).	350
9.3.2	Pflicht zur Beseitigung (§ 2 Abs. 8 Nr. 1 S. 2)	351
9.3.3	Schadensersatzanspruch des AG (§ 2 Abs. 8 Nr. 1 S. 3)	351
9.4	Ausnahmsweise: Vergütungsanspruch des AN (§ 2 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B)	352
9.4.1	Nachträgliches Anerkenntnis (§ 2 Abs. 8 Nr. 2 S. 1)	353
9.4.2	Leistung war notwendig und entspricht dem mutmaßlichen Willen des AG (§ 2 Abs. 8 Nr. 2 S. 2)	354
9.4.3	Höhe der Vergütung (§ 2 Abs. 8 Nr. 2 S. 3)	356
9.4.4	Beweislast und Verjährung	356
10	Vergütung von Planungsleistungen (Abs. 9)	356
10.1	Anfertigung von Zeichnungen, Berechnungen oder anderen Unterlagen	356
10.2	Anwendungsbereich	356
10.3	Anordnungsrecht des AG und dessen Grenzen	357
10.4	Nachprüfung technischer Berechnungen	358
10.5	Höhe der Vergütung	358
11	Stundenlohnarbeiten (Abs. 10)	359
11.1	Ausdrückliche Vereinbarung erforderlich	359
11.2	Form der Vereinbarung	360
11.3	Vereinbarung vor Ausführung der Stundenlohnarbeiten	360
11.4	Vergütungspflicht trotz fehlender Vereinbarung	361
§ 3	Ausführungsunterlagen	361
1	Vorbemerkungen	362
2	Die Ausführungsunterlagen (Abs. 1)	364
2.1	Begriff	365
2.2	Unentgeltliche und rechtzeitige Übergabe	366
3	Pflichten des AG (Abs. 2)	367
3.1	Inhalt der Einzelpflichten	367
3.2	Übernahme durch den AN	368
3.3	Verletzung der Pflichten gem. Abs. 1 und 2	369
3.4	Haftung des AG für seinen Erfüllungsgehilfen	369
4	Verantwortung für Defizite (Abs. 3)	370
4.1	Maßgeblichkeit der Ausführungsunterlagen	370
4.2	Prüfungs- und Hinweispflicht des AN	370
4.2.1	Zeitpunkt der Prüfungspflicht	370
4.2.2	Art und Umfang der Prüfungspflicht	371
4.2.3	Hinweispflichten	372
4.3	Folgen für die Vertragsabwicklung	373
5	Vorlaufende Zustandsfeststellungen (Abs. 4)	373
6	Vorlage von Unterlagen des AN (Abs. 5)	376
7	Urheberrechte (Abs. 6)	378
§ 4	Ausführung	379
1	Allgemeines	381
1.1	Pflichten der Vertragsparteien	381
1.2	Die Mitwirkungspflichten des AG und deren rechtliche Einordnung	382
2	Koordinationspflichten des AG (Abs. 1 Nr. 1)	385
2.1	Allgemeine Ordnung auf der Baustelle	385
2.2	Zusammenwirken der Unternehmer	386
2.3	Öffentlich-rechtliche Genehmigungen und Erlaubnisse, § 4 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2.	389
2.4	Prüfingenieur	391
2.5	Folge der Verletzung der Mitwirkungspflicht	392
3	Überwachungsrecht des AG (Abs. 1 Nr. 2)	392

Inhaltsverzeichnis

3.1	Keine Entlastung des AN	393
3.2	Der Überwachung dienende Rechte	394
4	Anordnungsrecht des AG (Abs. 1 Nr. 3)	395
5	Pflicht zur Bedenkenanmeldung gegen Ausführungsanordnungen des AG (Abs. 1 Nr. 4)	397
5.1	Abgrenzung zu Abs. 3	397
5.2	Anzeigepflicht und Weisungsgebundenheit des AN	397
5.3	Anspruch auf Vergütung von Mehrkosten	399
5.4	Rechtsfolgen	400
6	Verantwortlichkeit des AN für die ordnungsgemäße Ausführung der Bauleistung (Abs. 2 Nr. 1)	400
6.1	Pflichten des AN	400
6.2	Einhaltung der Regeln der Technik	404
6.3	Leitung der Leistungsausführung und Ordnung auf der Arbeitsstelle	407
7	Pflichten gegenüber Arbeitnehmern (Abs. 2 Nr. 2)	408
8	Prüfungs- und Anzeigepflicht des AN (Abs. 3)	409
8.1	Systematik	409
8.2	Pflicht zur Prüfung	413
8.3	Umfang der Prüfungspflicht	415
8.4	Vom AG vorgegebene Materialien und Stoffe	420
8.5	Prüfung der Vorunternehmerleistungen	422
8.6	Schriftliche Anzeige	424
8.7	Mögliche Reaktionen des AG	427
8.8	Zusammenfassung	428
9	Bereitstellungspflicht des AG (Abs. 4)	428
10	Schutzpflichten des AN (Abs. 5)	430
11	Pflicht zur Beseitigung vertragswidriger Stoffe und Bauteile (Abs. 6)	433
12	Ansprüche des AG bei Mängeln (Abs. 7)	434
12.1	Mängelbeseitigungsanspruch gem. Abs. 7 S. 1	435
12.2	Beseitigungspflicht des AN und Mängelbeseitigungskosten	438
12.3	Beweislast und Verjährung bei Mängelbeseitigung	440
12.4	Schadensersatzanspruch des AG gem. Abs. 7 S. 2	440
12.5	Kündigungsrecht des AG	442
13	Pflicht des AN zur Selbstauführung (Abs. 8)	448
13.1	Grundsätzliches	448
13.2	Ausnahmen	449
13.3	Folgen bei Verstoß gegen Abs. 8	451
13.4	Vereinbarung der VOB/B mit Nachunternehmern (Abs. 8 Nr. 2)	453
13.5	Bekanntgabe der Nachunternehmer	453
13.6	Öffentliche Bauaufträge	454
14	Funde bei der Ausführung der Leistung: Schatzfund (Abs. 9)	454
15	Leistungsfeststellung (Abs. 10)	455
§ 5	Ausführungsfristen	457
1	Einführung	458
1.1	Die Regelung im BGB	459
1.2	Die Regelung in der VOB/B	460
2	Ausführungsfristen (§ 5 Abs. 1)	461
2.1	Allgemeines	461
2.2	Vertragsfristen	462
2.3	Einzelfristen	465
2.4	Fehlen von Ausführungsfristen	466
2.5	Bauzeitenpläne (= Bauablaufpläne)	467
2.6	Ausführungsfristen und Allgemeine Geschäftsbedingungen	468
2.6.1	Allgemeines	468
2.6.2	Vom AG gestellte AGB	468
2.6.3	Vom AN gestellte AGB	469
3	Kein Termin für den Leistungsbeginn vereinbart (§ 5 Abs. 2)	469
3.1	Allgemeines	469

	3.2 Ausführungsbeginn	469
	3.3 Auskunftsanspruch des AN	470
	3.4 Leistung auf Abruf durch den AG	471
	3.5 Anzeigepflicht des AN	471
4	Pflicht des AN Leistung fristgerecht zu erbringen (§ 5 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3)	472
	4.1 Pflicht, Leistung in der vereinbarten Frist zu vollenden (Abs. 1 Satz 1)	472
	4.2 Abhilfepflicht bei Verlangen des AG (Abs. 3)	472
	4.3 Verhältnis zu § 4 Abs. 1 Nr. 3 und § 6 Abs. 2	473
5	Rechte des AG, wenn Ausführungsfristen nicht eingehalten werden (§ 5 Abs. 4)	473
	5.1 Allgemeines	473
	5.2 Verhältnis zu den allgemeinen Verzugs- und Leistungsstörungsvorschriften	474
	5.3 Tatbestandsvoraussetzungen des Abs. 4	475
	5.3.1 Verzögerter Ausführungsbeginn	476
	5.3.2 Verzug mit der Vollendung	476
	5.3.3 Verletzung der Abhilfepflicht gemäß § 5 Abs. 3	478
	5.4 Ansprüche des AG bei Verletzung dieser Pflichten	479
	5.4.1 Ersatz des Verzögerungsschadens (§ 6 Abs. 6)	479
	5.4.2 Kündigungsrecht des AG (§ 8 Abs. 3)	480
6	Zur Inhaltskontrolle des § 5 VOB/B	482
	6.1 § 5 Abs. 1	482
	6.2 § 5 Abs. 2	483
	6.3 § 5 Abs. 3	483
	6.4 § 5 Abs. 4	483
7	Abändernde Regelungen in AGB	484
	7.1 Auftraggeberseitige AGB-Klauseln	484
	7.2 Auftragnehmerseitige AGB-Klauseln	485
§ 6	Behinderung und Unterbrechung der Ausführung	486
1	Allgemeines	488
2	Behinderung, Behinderungsanzeige und Offenkundigkeit (Abs. 1)	490
	2.1 Behinderungen und andere Störungssachverhalte	490
	2.1.1 Behinderung im Sinne von § 6 Abs. 1	491
	2.1.2 Dauerhafte Unmöglichkeit der Leistungserbringung	491
	2.1.3 Mittelbare bauzeitliche Folgen von Anordnungen; Mengenmehrungen und notwendige Leistungen	492
	2.1.4 Rein bauzeitbezogene Anordnungen	492
	2.1.5 Bedarfspositionen (Eventualpositionen) und Wahlpositionen (Alternativpositionen)	493
	2.1.6 Zusammenfassung	494
	2.2 In der ordnungsgemäßen Ausführung der Leistung behindert	494
	2.3 Die Behinderungsanzeige	495
	2.3.1 Wissens- bzw. Vorstellungsmittelung; Aufforderungen	495
	2.3.2 Inhalt einer Behinderungsanzeige	496
	2.3.3 Subjektive Komponente der Behinderungsanzeige	497
	2.3.4 Unverzügliche Anzeige	497
	2.3.5 (Schrift-)Form der Behinderungsanzeige	498
	2.3.6 Adressat der Behinderungsanzeige	499
	2.3.7 Reaktion des AG auf Behinderungsanzeige	499
	2.3.8 Die Behinderungsanzeige als Nebenpflicht	500
	2.4 Offenkundigkeit der Behinderung	501
	2.5 Prozessuales	502
3	Verlängerung der Ausführungsfrist; Witterung (Abs. 2)	503
	3.1 Behinderungstatbestände (Nr. 1)	503
	3.1.1 Verlängerung der Ausführungsfrist aufgrund anderer Tatbestände	503
	3.1.2 Umstand aus dem Risikobereich des AG (Nr. 1 a)	505
	3.1.3 Streik und Aussperrung (Nr. 1 b)	507
	3.1.4 Höhere Gewalt und unabwendbare Umstände (Nr. 1 c)	508
	3.2 Schlechtwetterklausel (Nr. 2); Fristverlängerung wegen Witterungseinflüssen	510

Inhaltsverzeichnis

3.3	Prozessuales	514
4	Arbeiten während und nach der Behinderung (Abs. 3); Beschleunigung	514
4.1	Weiterführung der Arbeiten bei hindernden Ereignissen	514
4.1.1	Weiterführungspflicht	514
4.1.2	Anpassungspflicht	515
4.2	Wiederaufnahme der Arbeiten bei Wegfall der hindernden Ereignisse	517
4.2.1	Ohne weiteres; Abmeldung der Behinderung	517
4.2.2	Unverzügliche Wiederaufnahme	517
4.3	Abhilfeaufforderung des AG	518
4.4	Exkurs: Beschleunigungsmaßnahmen	518
5	Berechnung des Anspruchs auf Fristverlängerung (Abs. 4)	521
5.1	Grundlagen der Berechnung	521
5.2	Berechnungskriterien	523
5.2.1	Dauer der Behinderung; Primärverzögerung	523
5.2.2	Mittelbare Folgen der Behinderung; Sekundärverzögerungen	524
5.3	Auswirkungen der Fristverlängerung	526
5.3.1	Keine Ausführungsfristen vereinbart	526
5.3.2	Vereinbarte Ausführungsfristen	526
5.3.3	»Umgeworfener« Terminplan	527
5.4	Prozessuales	527
6	Zwischenabrechnung bei Unterbrechung (Abs. 5)	528
6.1	Unterbrechung der Ausführung	528
6.2	Keine dauernde Unmöglichkeit der Leistung	529
6.3	Voraussichtlich längere Dauer	529
6.4	Abrechnung	530
7	Schadensersatzanspruch und Entschädigungsanspruch bei (zu vertretenden) hindernden Umständen (Abs. 6)	531
7.1	Allgemeines; Abgrenzung	531
7.1.1	Allgemeines	531
7.1.2	Abgrenzung der bauzeitbezogenen Ansprüche	532
7.2	Schadensersatzansprüche des Auftragnehmers nach § 6 Abs. 6 S. 1	535
7.2.1	Voraussetzung; Pflicht des AG	536
7.2.2	Verschuldete Pflichtverletzung	537
7.2.3	Nachteile des AN	538
7.2.4	Ersetzbarer Schaden; Pflicht zum konkreten Schadensnachweis	545
7.2.5	Schadensteilung bei Mitverschulden	548
7.2.6	Haftungsbegrenzung	548
7.2.7	Fälligkeit, Verjährung	549
7.3	Schadensersatzanspruch des AG	549
7.3.1	Anwendungsbereich	549
7.3.2	Nachteile des AG	549
7.3.3	Fälligkeit, Verjährung	551
7.4	Vortrag und Darlegung des Anspruchs	551
7.4.1	Strukturierung des Vortrags	551
7.4.2	Die bauablaufbezogene Darstellung am Beispiel der verspäteten Planübergabe	553
7.4.3	Konsequenzen des Planlieferverzugs	553
7.5	Exkurs: Verhandlung über und Abgeltung von bauzeitlichen Folgen	555
8	Kündigung bei Unterbrechung (Abs. 7)	558
9	Die Berechnung von Ansprüchen aus Bauzeitverlängerung durch baubetriebliches Sachverständigengutachten	560
9.1	Soll-Bauablauf und Dokumentation	564
9.2	Tatsächlicher Ablauf (Ist-Bauablauf) und Dokumentation	565
9.3	Sachverhalts-Feststellung, Soll-Ist-Vergleich für Bauablauf und Bauzeit, bauablaufbezogene Darstellung	566
9.4	Änderungen des Bauablaufs und der Bauzeit, gestörter Bauablauf	567
9.4.1	Feststellung der Abweichungen zwischen Soll-Ablauf und Ist-Ablauf	570
9.4.2	Prüfung und Darstellung der Ursachen und Auswirkungen	570
9.4.3	Prüfung und Bewertung der Störungsauswirkungen	574

	9.5 Bestimmung der zeitlichen Änderungen als Ausgangslage für die finanziellen Ansprüche aus den Störungen	575
	9.6 Schäden aus Ablaufänderung und Bauzeitverlängerung nach § 6 Abs. 6 VOB/B.	577
10	Verzögerungen im förmlichen Vergabeverfahren nach VOB/A und SektVO	584
	§ 642 BGB Mitwirkung des Bestellers	587
1	Allgemeines	588
	1.1 Überblick	588
	1.2 Entstehungsgeschichte und Rechtsprechungsentwicklung	590
2	Voraussetzungen des Entschädigungsanspruches (Abs. 1)	591
	2.1 Mitwirkungshandlung des Bestellers	591
	2.1.1 Rechtsnatur: Pflicht und/oder Obliegenheit?	591
	2.1.2 Einzelne Mitwirkungshandlungen	594
	2.1.3 Keine Mitwirkungshandlungen	598
	2.2 Erforderlichkeit der Mitwirkungshandlung: Positives Tun und Unterlassen.	598
	2.3 Teilweise unterlassene/nicht vollständig erbrachte Mitwirkungshandlung	600
	2.4 Annahmeverzug des Bestellers	601
	2.4.1 Angebot der Leistung, §§ 294 ff. BGB.	601
	2.4.2 Sonderfälle: Entbehrlichkeit des Angebots, § 296 BGB	603
	2.4.3 Leistungsbereitschaft des Unternehmers, § 297 BGB	603
	2.4.4 Anknüpfungspunkt des Annahmeverzuges: Einzelne Arbeitsschritte.	603
	2.4.5 Kausalität	605
	2.4.6 Zeitraum des Annahmeverzuges	605
	2.4.7 Auswirkungen des Annahmeverzuges des Bestellers	606
	2.5 Mitwirkungshandlung des Bestellers = verschuldensunabhängig	610
3	Rechtsfolge: Angemessene Entschädigung (Abs. 2)	611
	3.1 Höhe der Entschädigung.	611
	3.1.1 Bemessungsmaßstab	612
	3.1.2 Kosten im Einzelnen	619
	3.2 Mitverschulden des Unternehmers	622
	3.3 Umsatzsteuer.	622
4	Fälligkeit	622
5	Verjährung.	623
6	Allgemeine Geschäftsbedingungen.	624
7	Darlegungs- und Beweislast.	624
	7.1 Anspruch dem Grunde nach	624
	7.2 Anspruch der Höhe nach	626
8	Verhältnis zu anderen Anspruchsgrundlagen	628
	§ 7 Verteilung der Gefahr	629
1	Einführung	630
	1.1 Verhältnis von § 7 zu den gesetzlichen Gefahrtragungsregeln	630
	1.1.1 Begriff der Gefahrtragung.	630
	1.1.2 Die gesetzlichen Gefahrtragungsregeln im Werk- und Bauvertragsrecht, §§ 644, 645 BGB.	630
	1.1.3 Die Gefahrtragungsregel des § 7 im VOB/B-Bauvertrag.	633
	1.2 AGB-Kontrolle des § 7	634
2	Haftung, Mängelhaftung und Behinderung in Abgrenzung zur Gefahrtragung	634
	2.1 Verhältnis von Gefahrtragung zur Haftung	634
	2.2 Verhältnis von Gefahrtragung zur Mängelhaftung.	635
	2.3 Verhältnis von Gefahrtragung zur Behinderung	635
3	Die von § 7 Abs. 1 erfassten Risiken	635
	3.1 Objektiv unabwendbare, vom AN nicht zu vertretende Umstände	635
	3.2 Höhere Gewalt, Krieg, Aufruhr.	636
	3.3 Einzelfälle	637
	3.3.1 Zerstörung oder Beschädigung der Leistung durch Dritte	637
	3.3.2 Diebstahl	638

Inhaltsverzeichnis

3.3.3	Zerstörung oder Beschädigung der Leistung aufgrund von Maßnahmen des AG	638
3.3.4	Witterungseinflüsse	641
3.3.5	Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit Demonstrationen, Streiks, Aussperrungen	642
3.4	Benachrichtigungspflicht	642
4	Die Voraussetzungen des § 7 Abs. 1 im Übrigen	643
4.1	Zerstörung oder Beschädigung der Leistung	643
4.2	Abgrenzung zwischen ausgeführten und nicht ausgeführten Leistungen, § 7 Abs. 2 und 3	643
5	Beweislast	644
6	Rechtsfolgen des § 7 Abs. 1	644
6.1	Vergütungspflicht des AG	644
6.2	Ausschluss gegenseitiger Schadensersatzansprüche	645
7	Abweichende Regelungen zur Gefahrtragung	645
8	Möglichkeiten zur Versicherung der in § 7 Abs. 1 genannten Risiken	646
§ 8	Kündigung durch den Auftraggeber	646
1	Allgemeines	648
1.1	Änderungen durch die VOB/B Ausgabe 2016	648
1.2	Die gesetzlichen Regelungen zur vorzeitigen Vertragsbeendigung und ihr Verhältnis zur VOB	649
1.2.1	Rechtsslage nach altem Recht	649
1.2.2	Verhältnis der Kündigungsregelungen der VOB/B zum Neuen Bauvertragsrecht	649
1.3	In der VOB nicht enthaltene Beendigungsregelungen	650
1.3.1	Kündigung aus wichtigem Grund	650
1.3.2	Kündigung wegen Überschreitung des Kostenanschlags gem. § 649 BGB	653
1.3.3	Vertragsbeendigung im Zusammenhang mit dem Verlangen nach Zahlungssicherheit gem. § 650f BGB	654
1.3.4	Vertraglich vereinbarte Kündigungsgründe	655
1.3.5	Vertragsbeendigung durch Aufhebungsvertrag	655
1.3.6	Ausschluss des Rücktritts	656
1.3.7	Wegfall der Geschäftsgrundlage	657
1.3.8	Anfechtung	659
1.3.9	Unmöglichkeit	660
1.3.10	Unwirksamkeit kraft Gesetzes gem. §§ 134, 138 BGB	661
1.4	Überblick über die Kündigungsregelungen in der VOB/B	662
1.5	Anforderungen an die Kündigungserklärung	662
1.6	Wirkungen der Kündigung	665
2	Die freie Kündigung durch den AG (Abs. 1)	666
2.1	Inhalt des Kündigungsrechts	666
2.2	Abrechnung des gekündigten Vertrags	668
2.3	Abrechnung des gekündigten Pauschalpreisvertrags	670
2.4	Abrechnung für den nicht erbrachten Leistungsteil	674
2.4.1	Ersparte Aufwendungen	675
2.4.2	Anderweitiger Erwerb	677
2.4.3	Darlegungslast und prüfbarer Abrechnung	678
3	Kündigung wegen Vermögensverfalls des AN (Abs. 2)	679
3.1	Voraussetzungen des Kündigungsrechts	680
3.2	Eingeschränkte Wirksamkeit wegen §§ 103, 119 InsO	681
3.3	Kündigungsgründe	685
3.3.1	Zahlungseinstellung	685
3.3.2	Insolvenzverfahren	686
3.4	Folgen der Kündigung	686
4	Kündigung wegen mangelhafter oder verzögerter Leistungserbringung nach fruchtlosem Fristablauf (Abs. 3)	687
4.1	Inhalt des Kündigungsrechts	687

4.2	Kündigung wegen mangelhafter bzw. nicht vertragskonformer Leistungserbringung gem. § 4 Abs. 7 und 8.	688
4.3	Verzögerte Leistungserbringung gem. § 5 Abs. 4 und Abs. 3.	691
4.4	Sonstige Kündigungsgründe	692
4.5	Weitere Kündigungsvoraussetzungen.	693
4.6	Folgen der Kündigung	695
4.6.1	Fertigstellung durch Dritten und Ersatz der hierdurch entstehenden Mehrkosten gem. § 8 Abs. 3 Nr. 2 S. 1	695
4.6.2	Schadensersatzanspruch bei Verzicht auf die Fertigstellung gem. § 8 Abs. 3 Nr. 2 S. 2.	697
4.6.3	Mängelbeseitigungsansprüche des AG im Fall der Kündigung	698
4.7	Nutzungs- und Verwendungsrecht des AG	699
4.8	Abrechnung der Mehrkosten.	700
4.9	AGB-Inhaltskontrolle	702
5	Kündigung wegen wettbewerbsbeschränkender Abreden (Abs. 4)	704
5.1	Kündigung wegen wettbewerbsbeschränkender Abreden (Nr. 1)	704
5.2	Kündigung wegen Vorliegen eines zwingenden Ausschlussgrundes (Nr. 2 a)	706
5.3	Kündigung wegen wesentlicher Änderungen des Vertrages oder Vertragsverletzungsverfahren (Nr. 2 b)	707
5.4	Ausschlussfrist	708
5.5	AGB-Inhaltskontrolle	709
6	Außerordentliche Nachunternehmerkündigung (Abs. 5)	710
7	Schriftformerfordernis der Kündigung (Abs. 6)	711
8	Aufmaß und Abrechnung der erbrachten Teilleistung (Abs. 7)	712
8.1	Allgemeines.	712
8.2	Aufmaß.	713
8.3	Abnahme	714
8.4	Prüfbare Abrechnung	716
9	Vertragsstrafe im Fall der Kündigung (Abs. 8)	717
10	Kündigungsregelungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen	717
11	Exkurs: Wahlrecht des Insolvenzverwalters, § 103 InsO	719
11.1	Anwendbarkeit und Wirkung der Insolvenzeröffnung.	719
11.2	Ablehnung der Erfüllung	720
11.3	Wahl der Erfüllung	721
§ 9	Kündigung durch den Auftragnehmer	722
1	Allgemeines	723
2	Annahmeverzug des AG	725
3	Die Kündigung	731
4	Schriftform der Kündigung und Abrechnung	731
5	Zahlungsverzug des AG.	732
6	Folgen der Kündigung und Abrechnung	734
§ 10	Haftung der Vertragsparteien	737
1	Allgemeines	738
2	Haftung für eigenes und fremdes Verschulden (Abs. 1)	739
2.1	Einzelne Pflichten	739
2.1.1	Pflichten aus § 618 BGB	739
2.1.2	Weitere Nebenpflichten	740
2.1.3	Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	741
2.1.4	Vertrag zugunsten Dritter.	742
2.1.5	Allgemeine Fürsorge- und Obhutspflichten	742
2.2	Ursächlichkeit	742
2.3	Verschulden	743
2.4	Haftung gem. § 278 BGB.	745
2.4.1	Erfüllungsgelhilfe des AG	746
2.4.2	Erfüllungsgelhilfe des AN	747
2.4.3	Haftungsausschluss.	747

Inhaltsverzeichnis

3	Schadensausgleich im Innenverhältnis zwischen AG und AN (Abs. 2)	747
3.1	Haftung aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen im Sinne von Abs. 2 Nr. 1	748
3.1.1	§ 823 Abs. 1 BGB, insbesondere Verkehrssicherungspflichten	748
3.1.2	§ 823 Abs. 2 BGB	759
3.1.3	§ 836 BGB.	761
3.1.4	§ 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG.	762
3.1.5	§ 906 Abs. 2 S. 2 BGB (analog)	762
3.1.6	§ 831 BGB.	762
3.2	Der Schadensausgleich	763
3.2.1	Die beiderseitige Haftung.	763
3.2.2	Gesetzliche Bestimmungen zum Innenausgleich.	763
3.2.3	Die Haftung des AG nach einem Hinweis gem. § 4 Abs. 3	765
3.2.4	Versicherbare Schäden, § 10 Abs. 2 Nr. 2.	765
4	Die Sondertatbestände der Schadensersatzpflicht des AN (Abs. 3)	767
5	Verletzung gewerblicher Schutzrechte (Abs. 4)	767
6	Anwendung der Regeln der Abs. 2, 3 und 4 zugunsten gesetzlicher Vertreter und Erfüllungsgehilfen (Abs. 5)	768
7	Ansprüche der Vertragspartner bei Inanspruchnahme durch einen Dritten (Abs. 6)	768
§ 11	Vertragsstrafe	770
1	Vorbemerkungen	771
1.1	Allgemeines.	771
1.2	Die Regelungen im Einzelnen	773
2	Voraussetzungen des Anspruchs auf Vertragsstrafe	773
2.1	Wirksame Vertragsstrafenvereinbarung	773
2.1.1	Individualvereinbarung.	773
2.1.2	Vertragsstrafenvereinbarungen durch Allgemeine Geschäftsbedingungen für Terminüberschreitungen, Unwirksamkeitsgründe.	775
2.2	Wegfall der Vertragsstrafenvereinbarung, Neuvereinbarung von Terminen, Leistungsminderung	784
2.2.1	Wegfall der Vertragsstrafe	784
2.2.2	Vereinbarung neuer Ausführungsfristen	786
2.2.3	Minderung Leistungsumfang	789
2.3	Vertragsstrafe auf sonstige Pflichten.	789
2.4	Verwirkung der Vertragsstrafe	791
2.4.1	Verletzung der Hauptverbindlichkeit	791
2.4.2	Verzug des Schuldners	792
2.5	Vertragsstrafe wegen nicht rechtzeitiger Erfüllung.	795
2.6	Berechnung der Vertragsstrafe, Bezugsgröße	795
2.7	Vorbehalt der Vertragsstrafe.	797
2.7.1	Allgemeines	797
2.7.2	Abdingbarkeit des Vorbehalts	798
2.7.3	Die Erklärung	799
2.8	Herabsetzung der Vertragsstrafe	799
2.9	Verhältnis der Vertragsstrafe zu anderen Ansprüchen, Vertragsstrafe als Schaden, Beweislast, Verjährung.	800
2.9.1	Verhältnis zu anderen Ansprüchen	800
2.9.2	Vertragsstrafe als Schaden	800
2.9.3	Darlegungs- und Beweislast	802
2.9.4	Verjährung und Verzinsung	802
2.9.5	Aufrechnung – Verrechnung.	802
§ 12	Abnahme	803
1	Grundsätzliches.	804
1.1	Abnahmebegriff	805
1.2	Anfechtung der Abnahme	807
1.3	Öffentlich-rechtliche Abnahme.	807

1.4	Voraussetzungen der Abnahme	807
1.4.1	Fertigstellung der Leistung	807
1.4.2	Abnahmepflicht und Abnahmeanspruch des AG	808
1.4.3	Abnahmeformen	810
1.4.4	Abnahmeverweigerung	813
1.4.5	Abnahmeerklärung	815
1.4.6	Abnahme in der Leistungskette	816
1.5	Folgen der Abnahme	817
1.5.1	Fälligkeit der Vergütung	819
1.5.2	Gefahrübergang	821
1.5.3	Vorbehalt von Rechten bei Abnahme	822
1.5.4	Fortbestand verschuldensabhängiger Ansprüche	823
1.5.5	Vorbehalt der Vertragsstrafe	824
1.5.6	Beweislast	825
1.5.7	Verjährungsfristen	826
1.6	Regelungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen	827
2	Die Tatbestände der Abnahme gemäß § 12	829
2.1	Die ausdrückliche Abnahme (Abs. 1)	829
2.2	Die Teilabnahme (Abs. 2)	831
2.3	Die Abnahmeverweigerung (Abs. 3)	833
2.4	Die förmliche Abnahme (Abs. 4)	836
2.5	Fiktive Abnahme (Abs. 5)	838
2.5.1	Abgrenzung zwischen konkludenter und fiktiver Abnahme	838
2.5.2	Voraussetzungen der fiktiven Abnahme nach Abs. 5 Nr. 1	838
2.5.3	Voraussetzungen der fiktiven Abnahme nach Abs. 5 Nr. 2	840
2.6	Gefahrübergang (Abs. 6)	842
3.	Zur AGB-rechtlichen Inhaltskontrolle der Einzelregelungen des § 12	842
3.1	§ 12 Abs. 1	843
3.2	§ 12 Abs. 2	843
3.3	§ 12 Abs. 5 Nr. 1 und Nr. 2	843
§ 13	Mängelansprüche	844
1	Vorbemerkungen	849
1.1	Erfolgshaftung des AN	849
1.2	Systematik der Mängelhaftungsregelungen der VOB/B	851
1.3	Der Begriff des Sachmangels	852
1.4	Beweislast	855
2	Umfang der Haftung (Abs. 1)	857
2.1	Haftung für Sachmängel	857
2.2	Haftung für Falschlief erung, zu geringe Mengen und fehlende Dokumente?	858
2.3	Haftung für Rechtsmängel?	858
2.4	Einzelne Mängelbegriffe	859
2.4.1	Die vereinbarte Beschaffenheit der Leistung	859
2.4.2	Die nach dem Vertrag vorausgesetzte oder gewöhnliche Verwendung	861
2.4.3	Anerkannte Regeln der Technik	864
3	Leistungen nach Probe (Abs. 2)	869
3.1	Begriff	869
3.2	Zeitpunkt der Vereinbarung	869
3.3	Mangelbegriff des Absatz 2 entspricht noch dem alten Schuldrecht	870
3.4	Bedeutung der Probe	870
3.5	Beweislast	871
4	Mitverantwortlichkeit des AG für den Mangel (Abs. 3)	871
4.1	Allgemeines	871
4.2	Tatbestandsvoraussetzungen	874
4.2.1	Fallgruppe 1: Mangel der Leistungsbeschreibung	875
4.2.2	Fallgruppe 2: Mangel durch Anordnungen des AG	877
4.2.3	Fallgruppe 3: Mangel durch vom AG gelieferte Stoffe oder Bauteile, insbesondere Baugrund	877

Inhaltsverzeichnis

	4.2.4	Fallgruppe 4: Mangel durch vom AG vorgeschriebene Stoffe oder Bauteile . . .	878
	4.2.5	Fallgruppe 5: Mangel durch Vorleistungen anderer Unternehmer.	880
	4.3	Prüfungs- und Mitteilungspflicht des AN	881
	4.3.1	Umfang der Prüfungs- und Mitteilungspflicht des AN	881
	4.3.2	Rechtsfolgen bei Erfüllung der Prüfungs- und Hinweispflicht	883
	4.3.3	Rechtsfolgen bei Verletzung der Prüfungs- und Hinweispflicht	884
	4.4	Haftung für Mängel trotz Bedenkenanzeige	885
	4.5	Beweislast	885
	4.6	Zug-um-Zug-Verurteilungen im Prozess	885
5		Verjährung der Mängelansprüche (Abs. 4)	886
	5.1	Überblick	886
	5.2	Nur Auffangregelung – Vorrang nachträglicher Regelungen	888
	5.3	Geltung für alle Rechte in Abs. 5 – 7?	889
	5.4	Die einzelnen Verjährungsfristen	889
	5.4.1	Bauwerke	889
	5.4.2	Werke, deren Erfolg in der Herstellung, Wartung oder Veränderung einer Sache besteht	890
	5.4.3	Arbeiten an einem Grundstück	891
	5.4.4	Holzerkrankungen	892
	5.4.5	Vom Feuer berührte Teile	892
	5.4.6	Maschinelle und elektrotechnische/elektronische Anlagen oder Teile davon	893
	5.5	Verjährungsfristen – Vergleich VOB 2016 mit VOB 2000 und VOB 2002	895
	5.6	Abgrenzung zu § 4 Abs. 7	895
	5.7	Zehnjährige Verjährungsfrist für Mängel	896
	5.7.1	Vertragliche Vereinbarungen einer zehnjährigen Verjährungsfrist	896
	5.7.2	Arglistig verschwiegene Mängel	896
	5.7.3	Arglistiges Verhalten von Hilfspersonen	899
	5.7.4	Organisationsverschulden des AN	900
	5.8	Der Lauf der Verjährungsfristen	903
	5.8.1	Teilabnahmen	903
	5.8.2	AG verweigert die Abnahme	904
	5.8.3	Beginn der Verjährungsfrist	904
	5.8.4	Hemmung und Unterbrechung/Neubeginn der Verjährung	905
	5.9	Schriftliche Geltendmachung des Nachbesserungsanspruchs	914
	5.10	Auswirkung von Hemmung und Neubeginn der Verjährung auf sonstige Mängelansprüche	914
	5.11	Wirkung der Einrede der Verjährung	915
	5.12	Aufrechnungsbefugnis und Leistungsverweigerungsrechte des AG bei verjährten Mängelansprüchen	915
	5.12.1	BGB-Verträge	916
	5.12.2	Übertragbarkeit auf VOB-Verträge	916
6		Der Mängelbeseitigungsanspruch (Abs. 5)	916
	6.1	Vergleich der Regelungen in BGB und VOB/B	916
	6.2	Zweckbestimmung: Vorrang der Nacherfüllung/Mängelbeseitigung	917
	6.3	Voraussetzungen des Nacherfüllungs- bzw. Mängelbeseitigungsanspruches	918
	6.3.1	Mangel an der Leistung des AN	918
	6.3.2	Beweislast für die Ursache des Mangels	919
	6.3.3	Hervortreten des Mangels während der Verjährungsfrist	920
	6.3.4	Konkretisierende Mängelrüge	920
	6.3.5	Schriftlichkeit des Nachbesserungsverlangens im VOB-Vertrag	923
	6.3.6	Zeitpunkt des Nachbesserungsverlangens	924
	6.3.7	Fälligkeit des Nacherfüllungs-/Mängelbeseitigungsanspruches	925
	6.4	Bedeutung der Mängelrüge für den Ablauf der Verjährungsfristen im VOB-Vertrag	925
	6.4.1	Wirkung des schriftlichen Mängelbeseitigungsverlangens: Beginn einer neuen Verjährungsfrist	925
	6.4.2	Aufforderung zur Mängelbeseitigung setzt nur einmalig eine neue Verjährungsfrist in Gang	927
	6.4.3	Hervortreten weiterer Mängelsymptome nach Ablauf der Verjährungsfrist	927

	6.4.4 Dauer der neuen Verjährungsfrist	927
	6.4.5 Verjährung der Mängelansprüche für Mängelbeseitigungsleistungen	928
6.5	Art und Umfang der Mängelbeseitigungspflichten	929
6.6	Ausgleich sonstiger Schäden und Vermögensnachteile, Gutachter- und Rechtsanwaltskosten	930
6.7	Pflicht des AG zur Kostenbeteiligung	931
6.8	Leistungszeit	932
6.9	Vorteilsausgleichung und Sowieso-Kosten	932
6.10	Wertsteigerung infolge der Nachbesserung	934
6.11	AN verweigert die Nacherfüllung bzw. Mängelbeseitigung	934
	6.11.1 Unberechtigte Verweigerung der Mängelbeseitigung	935
	6.11.2 Berechtigte Verweigerung der Mängelbeseitigung	935
6.12	Kostentragungspflicht bei unbegründeter Mängelrüge	936
6.13	Neuherstellung des Werkes	937
6.14	Mängelbeseitigung im Wege der Ersatzvornahme (Abs. 5 Nr. 2)	938
	6.14.1 Allgemeines	938
	6.14.2 Tatbestandsvoraussetzungen des Kostenerstattungsanspruches	939
	6.14.3 Aufrechterhaltung anderer Mängelansprüche bei Nichtausübung des Selbsthilferechts	945
	6.14.4 Rechtsfolgen des fruchtlosen Ablaufes der Mängelbeseitigungsfrist	945
	6.14.5 Verjährung des Kostenerstattungs- und Kostenvorschussanspruches	957
	6.14.6 Aufrechnungsbefugnis mit dem Kostenerstattungs- und Kostenvorschussanspruch	959
6.15	Leistungsverweigerungsrechte des AG während des Bestehens von Mängelansprüchen .	959
	6.15.1 Überblick	959
	6.15.2 Leistungsverweigerungsrecht nach § 320 BGB	959
	6.15.3 Zurückbehaltungsrecht nach § 273 BGB	962
	6.15.4 Keine Anrechnung bestehender Sicherheiten	962
	6.15.5 Allgemeine Geschäftsbedingungen	963
	6.15.6 Leistungsverweigerungsrecht trotz Abtretung von Mängelansprüchen	963
	6.15.7 Wegfall des Leistungsverweigerungsrechts	963
6.16	Mitverantwortlichkeit des AG für den Mangel	964
7	Minderung des Werklohnes (Abs. 6)	964
	7.1 Allgemeines	964
	7.1.1 Nachrangigkeit des Minderungsrechts	964
	7.1.2 Tatbestandsmerkmale im Überblick	965
	7.1.3 Abtretbarkeit des Minderungsrechts	965
	7.2 Minderungstatbestände	966
	7.2.1 Unzumutbarkeit der Mängelbeseitigung für den AG	966
	7.2.2 Unmöglichkeit der Mängelbeseitigung	967
	7.2.3 Ablehnung der Mängelbeseitigung durch den AN wegen unverhältnismäßig hohen Mängelbeseitigungsaufwandes	969
7.3	Erlöschen des Minderungsrechts	974
7.4	Vollzug der Minderung	974
	7.4.1 Einseitiges Gestaltungsrecht	974
	7.4.2 Höhe der Minderung	975
	7.4.3 Minderung bei mehreren Beteiligten	977
	7.4.4 Mehrfache Minderung bei mehreren Mängeln	977
	7.4.5 Mitverschulden bzw. Mitverursachung des Mangels durch den AG	978
7.5	Anspruchskonkurrenzen	978
7.6	Verjährung	979
8	Kein Rücktritt beim VOB-Vertrag	979
9	Schadenersatzansprüche (Abs. 7)	981
	9.1 § 13 Abs. 7 im Lichte der Schuldrechtsreform	981
	9.1.1 Kein Haftungsausschluss für Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit bei schuldhaft verursachten Mängeln	981
	9.1.2 Kein Haftungsausschluss für Schäden infolge vorsätzlicher oder grob fahrlässig verursachter Mängel	981

Inhaltsverzeichnis

9.1.3	Haftung bei wesentlichen Mängeln	982
9.2	Abgrenzung zu Schadenersatzansprüchen nach BGB	983
9.3	Kein grundsätzlicher Ausschluss sonstiger Schadenersatzansprüche	984
9.4	Der kleine Schadenersatzanspruch nach § 13 Abs. 7 Nr. 3 Satz 1	984
9.4.1	Voraussetzungen des kleinen Schadenersatzanspruches	986
9.4.2	Umfang des Anspruchs	988
9.4.3	Grundsätzlich keine Naturalrestitution	991
9.4.4	Erfordernis einer Mängelbeseitigungsaufforderung	991
9.5	Der große Schadenersatzanspruch nach § 13 Abs. 7 Nr. 3 Satz 2	991
9.5.1	Besondere Voraussetzungen des großen Schadenersatzanspruches	992
9.5.2	Umfang des großen Schadenersatzanspruches: entfernte Mangelfolgeschäden	994
9.5.3	Geldersatz oder Naturalrestitution?	995
9.5.4	Berechnung des Schadenersatzanspruches	995
9.6	Mitwirkendes Verschulden des AG	997
9.7	Beweislast	998
9.8	Aufrechnung oder Verrechnung des Schadenersatzanspruches?	1000
9.9	Verjährung des Schadenersatzanspruches nach Abs. 7 Nr. 3	1001
9.10	Haftungseinschränkung bzw. -erweiterung (Abs. 7 Nr. 5)	1002
10	Anspruchskonkurrenz von Mängelhaftung und Deliktshaftung	1004
§ 14	Abrechnung	1005
1	Allgemeines	1006
1.1	Pflicht zur prüfbaren Abrechnung	1007
1.2	Verhältnis zu den Regelungen des BGB	1007
1.3	Umsatzsteuer	1009
1.4	Ohne-Rechnung-Abrede	1010
2	Prüfbare Rechnung (Abs. 1)	1010
2.1	Voraussetzungen der »Prüfbarkeit« der Rechnung	1010
2.2	Einzelheiten zur Prüfbarkeit der Rechnung	1011
2.3	Prüfbare Abrechnung des vorzeitig beendeten Vertrages	1013
2.4	Prozessuales zur Prüfbarkeit	1013
2.5	Mengenberechnungen, Zeichnungen und andere Belege	1014
2.6	Änderungen und Ergänzungen des Vertrags	1015
3	Aufmaß (Abs. 2)	1016
3.1	Die zur Abrechnung notwendigen Feststellungen	1016
3.2	Gemeinsame Leistungsfeststellung	1017
3.2.1	Mitwirkungspflicht des AG	1017
3.2.2	Mitwirkungspflicht des AN	1018
3.2.3	Anerkenntniswirkung	1019
3.2.4	Vergleich	1020
3.3	Abrechnungsbestimmungen	1020
3.4	Verdeckte Leistungen	1021
4	Die Vorlage der Schlussrechnung (Abs. 3)	1022
4.1	Begriff der Schlussrechnung	1022
4.2	Fristen zur Vorlage der Schlussrechnung	1023
4.2.1	Fertigstellung der Leistung	1023
4.2.2	Berechnung der Frist	1024
4.2.3	Sonderfall: Vorzeitig beendeter Vertrag	1025
5	Folgen der fehlenden Rechnungslegung durch den AN (Abs. 4)	1025
5.1	Angemessene Frist	1026
5.2	Prüfbare Rechnung des AG	1027
5.3	Auf Kosten des AN	1027
5.4	Folgen der Selbstvornahme	1028
§ 15	Stundenlohnarbeiten	1028
1	Vorbemerkungen	1029
2	Vereinbarung von Stundenlohnarbeiten (Abs. 1)	1032
2.1	Zustandekommen der Vereinbarung	1032

	2.2 Rechtsfolge der fehlenden Vereinbarung über die Abrechnung	1036
3	Beaufsichtigung von Stundenlohnarbeiten (Abs. 2)	1038
4	Leistungskontrolle (Abs. 3)	1040
	4.1 Pflichten des AN	1040
	4.1.1 Anzeige des Beginns der Stundenlohnarbeiten	1040
	4.1.2 Stundenlohnzettel	1042
	4.2 Pflichten des AG	1045
	4.2.1 Rückgabepflicht	1045
	4.2.2 Einwendungen gegen die Stundenlohnzettel	1046
5	Einreichung von Stundenlohnrechnungen (Abs. 4)	1048
6	Abrechnung bei Zweifeln über den Umfang der geleisteten Arbeiten (Abs. 5)	1051
§ 16	Zahlung	1054
1	Allgemeines	1057
	1.1 Voraus-, Abschlags-, Teilschluss- und Schlusszahlung	1057
	1.2 Änderung der Zahlungsfristen und des Verzugsintritts in der VOB/B 2012	1058
2	Abschlagszahlungen (Abs. 1)	1059
	2.1 Abschlagszahlungen auf Bauleistungen	1059
	2.1.1 Antrag	1060
	2.1.2 Vertragsgemäße Leistung	1060
	2.1.3 Prüfbar Aufstellung	1061
	2.1.4 Weitere Ansprüche	1062
	2.1.5 Umsatzsteuer	1063
	2.1.6 Höhe der Abschlagszahlungen	1064
	2.1.7 Kurze Zeitabstände	1065
	2.2 Abschlagszahlungen für Stoffe und Bauteile	1066
	2.2.1 Stoffe – Bauteile	1066
	2.2.2 Anfertigung und Bereitstellung – Anlieferung	1067
	2.2.3 Eigentumsübertragung – Sicherheitsleistung	1067
	2.2.4 Höhe der Abschlagszahlung für Stoffe und Bauteile	1069
	2.3 Gegenforderungen und andere Einbehalte (Abs. 1 Nr. 2)	1069
	2.3.1 Gegenforderungen	1070
	2.3.2 Andere Einbehalte	1071
	2.3.3 Exkurs: Beschränkung des Druckzuschlags	1075
3	Die Fälligkeit von Zahlungen (Abs. 1 Nr. 3)	1076
	3.1 Fristbeginn	1076
	3.2 Ablauf der Prüfungsfrist	1077
	3.3 Verzug mit der Zahlung	1078
	3.4 Keine Verbindlichkeit der Abschlagszahlung (Abs. 1 Nr. 4)	1082
	3.5 Verjährung der Abschlagsforderung	1083
	3.6 Abschlagszahlungen nach BGB-Werkvertragsrecht	1084
4	Exkurs: Vertrags- und Zahlungsbedingungen der Deutschen Bahn	1085
	4.1 Zahlungsbedingungen	1085
	4.2 Weitere Vertragsbedingungen der DB AG	1089
5	Vorauszahlungen (Abs. 2)	1093
	5.1 Allgemeines	1093
	5.2 Umsatzsteuer	1094
	5.3 Sicherheitsleistung und Verzinsung für Vorauszahlungen	1094
	5.3.1 Nr. 1 gilt nur für nach Vertragsschluss vereinbarte Vorauszahlungen	1094
	5.3.2 Sicherheitsleistung	1095
	5.3.3 Verzinsung	1096
	5.3.4 Anrechnung der Vorauszahlung auf die nächstfällige Zahlung, Absatz 2	1097
6	Schlusszahlung (Abs. 3)	1097
	6.1 Gesamtabrechnung des Bauvertrags	1097
	6.2 Begriff der Schlusszahlung	1098
	6.3 Fälligkeitsvoraussetzungen	1099
	6.4 Schlussrechnung	1100
	6.4.1 Begriff	1100

Inhaltsverzeichnis

	6.4.2	Prüfbarkeit	1102
	6.5	Fälligkeit der Vergütung	1105
	6.6	Prüfung und Feststellung der Schlussrechnung	1106
	6.7	30- bzw. 60-Tagesfrist	1108
	6.8	Verlust der Einwendungen nach Ablauf der Prüfungsfrist	1110
	6.9	Beschleunigung der Prüfung	1112
	6.10	Verzögerte Prüfung	1112
	6.11	Auszahlung des unbestrittenen Guthabens	1113
	6.12	Durchgriffsfälligkeit gem. § 641 Abs. 2 BGB	1114
	6.13	Rechtzeitigkeit der Zahlung	1115
	6.14	Verjährung der Schlussrechnungsforderung	1116
7		Die vorbehaltlose Annahme der Schlusszahlung (Abs. 3 Nr. 2 bis 6)	1118
	7.1	Allgemeines	1118
	7.2	Zur AGB-rechtlichen Inhaltskontrolle der Vorschrift	1119
	7.3	Voraussetzungen der Schlusszahlungseinrede	1122
	7.3.1	Zahlung und Annahme	1122
	7.3.2	Hinweis auf die Ausschlusswirkung	1123
	7.3.3	Erklärung des Vorbehalts	1124
	7.3.4	Begründung des Vorbehalts	1126
	7.3.5	Wirkung der vorbehaltlosen Annahme der Schlusszahlung	1127
	7.3.6	Zulässige Korrekturen der Schlussrechnung und -zahlung	1128
8		Teilschlussrechnungen und -zahlungen (Abs. 4)	1128
	8.1	Allgemeines	1128
	8.2	Anspruch des AN	1129
	8.3	Voraussetzungen	1129
9		Zahlung, Verzug und Leistungsverweigerung (Abs. 5)	1130
	9.1	Beschleunigungsgebot	1130
	9.2	Skontoabzug bei Zahlungen	1130
	9.3	Zahlungsverzug des AG	1135
	9.3.1	Entstehung des Zahlungsverzugs	1135
	9.3.2	Angemessene Nachfrist	1136
	9.3.3	Verzug ohne Mahnung und Fristsetzung	1137
	9.3.4	Verzugsfolgen	1137
	9.3.5	Leistungsverweigerung durch Arbeitseinstellung	1140
	9.3.6	Kein Zahlungsverzug bei Zurückbehaltungsrecht des AG	1142
	9.3.7	Kündigung wegen Zahlungsverzugs	1143
	9.3.8	Verzugsende	1143
10		Exkurs: Rückforderungsansprüche des AG	1144
	10.1	Allgemeines	1144
	10.2	Darlegungs- und Beweislast	1145
	10.3	Ausschluss des Rückzahlungsanspruchs	1147
	10.4	Verwirkung des Rückzahlungsanspruchs	1148
11		Zahlungen an den Gläubiger des AN (Abs. 6)	1150
	11.1	Allgemeines	1150
	11.2	Kein Anspruch des Gläubigers des AN	1151
	11.2.1	Grundsatz	1151
	11.2.2	Abtretung des Werklohnanspruchs durch den AN	1151
	11.3	Insolvenz des AN	1152
	11.3.1	Verfügungs-/Veräußerungsverbot; Konkurs-/Insolvenzeröffnung	1152
	11.3.2	Anfechtung der Zahlung	1153
	11.4	Wirksamkeit als vorformulierte Vertragsbedingung	1154
	11.5	Voraussetzungen	1155
	11.5.1	Erfüllung einer Zahlungspflicht aus dem Bauvertrag	1155
	11.5.2	Gläubiger des AN	1155
	11.5.3	Fälligkeit der Forderung	1156
	11.5.4	Verifikation der Voraussetzungen	1156
	11.6	Rechtsfolge: befreiende Wirkung	1157

§ 17	Sicherheitsleistung	1157
1	Einführung	1159
1.1	Sicherung der Vorleistungsverpflichtung des AN	1159
1.2	Keine Beeinträchtigung von Zurückbehaltungsrechten	1161
1.3	Die Bedeutung von § 9c Abs. 2 VOB/A	1162
1.4	Sicherheitsleistung des AG	1163
1.5	Kosten der Sicherheitsleistung des AN	1164
2	Die Vereinbarung der Sicherheitsleistung (Abs. 1)	1165
2.1	Ausdrückliche Vereinbarung erforderlich (Abs. 1 Nr. 1)	1165
2.2	Höhe der Sicherheit	1166
2.3	Zweck der Sicherheit (Abs. 1 Nr. 2)	1168
2.3.1	Sicherheit für Vertragserfüllung	1168
2.3.2	Sicherheit für Mängelansprüche	1170
2.3.3	Sonstige Sicherungszwecke	1173
2.4	Problematische formularmäßige Sicherheitsvereinbarungen	1173
2.4.1	Gewährleistungs- bzw. Mängelbürgschaften	1174
2.4.2	Vertragserfüllungs- bzw. Ausführungsbürgschaften	1175
2.4.3	Sonstige Bürgschaftsverpflichtungen bzw. -klauseln	1176
3	Die Arten der Sicherheitsleistung (Abs. 2)	1181
4	Das Wahl- und Austauschrecht des AN (Abs. 3)	1182
4.1	Das Wahlrecht	1182
4.2	Das Austauschrecht	1186
4.2.1	Ausschluss des Austauschrechts durch Allgemeine Geschäftsbedingungen	1186
4.2.2	Verweigerter Auskehrung des Bareinbehalts	1190
4.2.3	Anspruch auf Herausgabe der Austauschsicherheit?	1191
4.2.4	Konsequenzen aus der Rechtsprechung	1193
4.2.5	Verbot der Aufrechnung gegen den Bareinbehalt	1194
4.2.6	Wegfall des Austauschrechts nach § 17 Abs. 7?	1196
4.3	Nachschusspflicht	1196
5	Die Sicherheitsleistung durch Bürgschaft (Abs. 4)	1196
5.1	Bürge und Bürgschaft	1196
5.2	Form der Bürgschaft	1197
5.3	Selbstschuldnerische Bürgschaft	1198
5.4	Akzessorietät der Bürgschaft	1199
5.5	Bürgschaften auf erstes Anfordern (a.e.A.)	1203
5.5.1	Zulässigkeit von Bürgschaften a.e.A.	1203
5.5.2	Rechtsmittel gegen die Inanspruchnahme und Rückforderungsprozess	1211
5.6	Verjährung des Anspruchs aus der Bürgschaft	1214
6	Die Sicherheitsleistung durch Hinterlegung von Geld (Abs. 5)	1217
7	Die Sicherheitsleistung durch Einbehalt von Rechnungen (Abs. 6)	1218
7.1	Einzahlung auf ein Sperrkonto (Abs. 6 Nr. 1)	1218
7.2	Einzahlung bei Schlussabrechnung (Abs. 6 Nr. 2)	1220
7.3	Verlust der Sicherheit (Abs. 6 Nr. 3)	1220
7.4	Ausschluss der Sperrkontoeinzahlungsverpflichtung	1223
7.5	Aufrechnung des AG mit Auszahlungsanspruch des AN aus Abs. 6 Nr. 3 Satz 2.	1225
7.6	Sonderregelung für Öffentliche AG (Abs. 6 Nr. 4)	1228
8	Die fristgerechte Leistung der Sicherheit durch den AN (Abs. 7)	1229
9	Die Rückgabe der Sicherheit (Abs. 8)	1230
9.1	Vertragserfüllungssicherheit (Abs. 8 Nr. 1)	1230
9.2	Sicherheit für Mängelansprüche (Abs. 8 Nr. 2)	1232
§ 18	Streitigkeiten	1236
1	Allgemeines	1237
2	Gerichtsstandsvereinbarung (Abs. 1)	1237
2.1	Grundsätze des gerichtlichen Verfahrens	1237
2.2	Anwendungsbereich	1239
2.2.1	Gesetzliche Voraussetzungen für eine Gerichtsstandsvereinbarung (§§ 38 ff. ZPO)	1239

Inhaltsverzeichnis

	2.2.2	Beschränkung auf die Regelung der örtlichen Zuständigkeit	1240
	2.2.3	Anwendung auf öffentliche und private AG	1240
	2.2.4	Erfasste Streitigkeiten	1241
	2.3	Abweichende Vereinbarungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen	1243
3		Besonderes Streitbelegungsverfahren bei öffentlichen Auftraggebern (Abs. 2)	1243
	3.1	Anwendungsbereich	1243
	3.2	Einzelheiten des Verfahrens	1244
	3.3	Anerkenntnis bei unterlassenem Einspruch	1245
	3.4	Keine AGB-Widrigkeit	1245
	3.5	Hemmung der Verjährung	1246
4		Vereinbarung eines Verfahrens zur Streitbeilegung (Abs. 3)	1246
5		Begutachtung durch staatlich anerkannte Materialprüfungsanstalt (Abs. 4)	1248
	5.1	Anwendungsbereich	1248
	5.2	Benachrichtigungsverpflichtung	1249
	5.3	Entscheidung der Materialprüfungsstelle	1250
	5.4	Verjährungshemmung während der Gutachteneinholung	1250
	5.5	Verfahrenskosten	1250
	5.6	AGB-Inhaltskontrolle	1251
6		Keine Befugnis zur Arbeitseinstellung bei Streitfällen (Abs. 5)	1251
		BGB	1253
		§ 650e Sicherungshypothek des Bauunternehmers	1253
	1	Vorbemerkung	1253
	2	Der berechtigte AN	1253
	3	Der verpflichtete AG	1256
	4	Das Baugrundstück als Sicherungsgegenstand	1259
	5	Höhe der Sicherungshypothek	1260
	6	Gegenrechte des AG und Mängel der Werkleistung	1262
	7	Prozessuales	1262
	8	Insolvenz des AG	1266
	9	Löschungsanspruch des Eigentümers/AG	1266
	10	Kosten	1267
	11	Vertragliche Abdingbarkeit des Anspruchs	1268
		§ 650f Bauhandwerkersicherung	1269
	1	Vorbemerkung	1270
	2	Der berechtigte AN	1272
	3	Der verpflichtete AG	1275
	4	Arten der Sicherheitsleistung	1277
	5	Bürgschaft als Sicherheit	1277
	6	Höhe des Sicherheitsverlangens	1282
	7	Verwertung der Sicherheit	1288
	8	Gegenrechte des AG	1289
	9	Angemessene Frist	1290
	10	Folgen der Nichtleistung der Sicherheit	1291
	11	Vollstreckung eines auf Leistung einer Sicherheit lautenden Urteils	1296
	12	Sicherheitsleistung auch nach der Abnahme	1297
	13	Die Kosten der Sicherheitsleistung	1298
	14	Reduzierung und Rückgabe der Sicherheit	1299
	15	Vertragliche Abdingbarkeit des Anspruchs	1300
	16	Verjährung	1303
		FIDIC Conditions of Contract	1305
	1	FIDIC	1375
	1.1	Übersicht	1375
	1.2	Historie der FIDIC Standardvertragsbedingungen	1375
	1.3	FIDIC Red, Yellow und Silver Book, Edition 2017	1376
	1.4	Zweck	1377

	1.5 Regelwerke und ihre Bedeutung	1377
2	Rechtsnatur der FIDIC-Regelwerke.	1378
	2.1 Keine internationalen Handelsbräuche	1378
	2.2 Angelsächsisches Rechtsverständnis	1378
	2.3 Allgemeine Geschäftsbedingungen	1379
3	Anwendbares Recht und Rechtswahl, Sprache und Begriffsverständnis	1380
	3.1 Anknüpfungsgrundsätze	1380
	3.2 Rechtswahl/Folgen für das materielle Recht	1381
	3.2.1 Bei der Rechtswahl stets zu beachten	1382
	3.2.2 Fehlende Rechtswahl	1383
	3.3 Sprache	1385
4	Aufbau FIDIC Red Book, Yellow Book und Silver Book.	1386
	4.1 Red Book	1386
	4.2 Yellow Book	1387
	4.3 Silver Book	1388
	4.4 Weitere FIDIC-Standardvertragsmuster	1390
	4.5 Kriterien zur Auswahl des jeweils passenden FIDIC-Vertragsmusters	1390
5	Vertragsbeteiligte und Nachunternehmer.	1391
	5.1 Employer	1391
	5.2 Contractor	1391
	5.3 Engineer (Red und Yellow Book)	1392
	5.3.1 Rechtliche Stellung des Engineer	1392
	5.3.2 Bestellung durch den Employer	1392
	5.3.3 Kompetenzen des Engineer	1393
	5.3.4 Zustimmungsvorbehalte.	1394
	5.3.5 Anordnungsrecht	1394
	5.3.6 Auswechslung des Engineer	1395
	5.3.7 Festlegungen (Determinations) des Engineer	1395
	5.3.8 Rechtsfolgen fehlerhafter Handlungen des Engineer.	1397
	5.3.9 FIDIC 2017.	1398
	5.4 Employer's Representative (Silver Book)	1399
	5.4.1 Rechtliche Stellung des Employer's Representative	1399
	5.4.2 Bestellung und Auswechslung.	1400
	5.4.3 Festlegungen (Determinations).	1400
	5.4.4 FIDIC 2017.	1400
	5.5 Nachunternehmer, benannte Nachunternehmer (Nominated Subcontractor) sowie Lieferanten	1401
	5.5.1 Anzeige- und Zustimmungspflichten	1402
	5.5.2 Nominierte Nachunternehmer	1403
	5.5.3 Einwirkungsrechte des Auftraggebers im Nachunternehmervertrag	1405
	5.5.4 FIDIC 2017.	1407
6	Vergabeverfahren und Vertragsschluss	1407
	6.1 Vergabeverfahren.	1407
	6.2 Letter of Tender	1407
	6.3 Letter of Acceptance	1408
	6.4 Contract Agreement	1408
7	Vertragsbestandteile.	1408
8	Grundsätzliche Risikoverteilung nach den FIDIC-Bestimmungen.	1409
	8.1 Auftrageberrisiken	1409
	8.2 Auftragnehmerrisiken im Red, Yellow und Silver Book.	1409
	8.3 zusätzliche Auftragnehmerrisiken im Silver Book	1410
	8.4 Genehmigungsrisiko	1410
	8.5 Baugrundrisiko	1411
	8.5.1 Risikotragung nach dem FIDIC Yellow Book.	1411
	8.5.2 Risikoverteilung nach dem FIDIC Silver Book.	1413
	8.5.3 FIDIC 2017.	1414
	8.6 Force Majeure.	1415
	8.6.1 FIDIC 1999.	1415

Inhaltsverzeichnis

	8.6.2 FIDIC 2017.....	1416
9	Risikoabsicherung – Sicherheiten	1417
	9.1 Überblick über die Sicherheiten	1417
	9.2 Arten von Sicherheiten	1417
	9.3 Ausgestaltung und Form	1418
	9.4 Befristung	1418
	9.5 Anwendbares Recht und ICC Uniform Rules	1419
	9.6 Die einzelnen Sicherheiten	1420
	9.6.1 Garantie der Muttergesellschaft (Anhang A).....	1420
	9.6.2 Angebotsicherheit (Anhang B)	1421
	9.6.3 Erfüllungssicherheit (Anhang C und D).....	1421
	9.6.4 Vorauszahlungsgarantie (Anhang E)	1423
	9.6.5 Sicherheitseinbehalt	1423
	9.6.6 Garantie für Zahlungseinbehalte (Anhang F)	1424
	9.6.7 Zahlungsgarantie des Auftraggebers (Anhang G)	1424
10	Vertragliche Pflichten der Parteien	1425
	10.1 Hauptleistungspflicht des Auftragnehmers, Ziffer 4.1	1425
	10.2 Planungsleistungen	1425
	10.3 Art und Weise der Leistungserbringung	1428
	10.4 Weitere (Neben-)Pflichten des Auftragnehmers	1429
	10.5 Mitwirkungspflichten des Auftraggebers	1431
11	Personal, Anlagen, Material und technische Ausführung (Staff and Labour, Plant Materials, Workmanship), Ziffern 6, 7	1431
	11.1 Staff and Labour, Ziffer 6	1431
	11.2 Plant Materials and Workmanship, Ziffer 7	1432
	11.3 FIDIC 2017	1433
12	Bauzeit und Bauzeitverlängerung	1433
	12.1 Baubeginn (Commencement Date).....	1434
	12.2 Time for Completion	1434
	12.3 Programme	1435
	12.4 Bauzeitverlängerung (Extension of Time for Completion).....	1436
	12.5 Delays caused by Authorities	1437
	12.6 Rate of Progress	1437
	12.7 Delay Damages	1438
	12.8 Suspension of Work und Prolonged Suspension	1439
	12.9 FIDIC 2017	1440
	12.10 Darstellung gestörter Bauabläufe und prozessuale Durchsetzung	1441
	12.10.1 Im deutschen Recht	1441
	12.10.2 Nach Common Law	1442
	12.10.3 Guidelines für die Aufarbeitung von gestörten Bauabläufen	1443
13	Vorbereitung, Durchführung und Folgen der Bauwerksübernahme (Taking Over)	1444
	13.1 Test on Completion	1444
	13.1.1 FIDIC 1999	1444
	13.1.2 FIDIC 2017	1446
	13.2 Bauwerksübernahme (»Employer's Taking Over«)	1446
	13.2.1 FIDIC 1999	1446
	13.2.2 Neuerungen FIDIC 2017	1447
	13.3 Teilübernahme (»Taking-Over of Parts of the Works«)	1448
	13.4 Tests after Completion	1449
	13.5 Defects Liability	1450
	13.5.1 FIDIC 1999	1450
	13.5.2 FIDIC 2017	1452
14	Aufmaß und Aufmaßbewertung (Measurement and Evaluation), Ziffer 12	1452
	14.1 Aufmaßnahme	1452
	14.2 Preisanpassung bei Massenänderungen	1453
15	Leistungsänderungen und preisliche Folgen (Variations and Adjustments), Ziffer 13	1454
	15.1 Recht des Engineer zur Anordnung von Leistungsänderungen, Ziffer 13.1	1454
	15.2 Arten von Leistungsänderungen	1455

	15.3 Änderungsvorschläge des Auftragnehmers (»Value Engineering«)	1456
	15.4 Verfahren bei Leistungsänderungen.	1456
	15.5 FIDIC 2017	1457
	15.6 Preisanpassung und zahlbare Währung, Ziffer 13.4.	1457
	15.7 Vorläufige Zahlungen (»Provisional Sum«), Ziffer 13.5	1457
	15.8 Stundenlohnarbeiten.	1457
	15.9 Preisanpassung bei Änderung der Rechtslage.	1458
	15.10 Preisanpassung aufgrund von Kostenänderung	1458
	15.11 Yellow und SilverBook	1458
	15.12 FIDIC 2017	1459
16	Vertragspreis und Bezahlung (Contract price and payment), Ziffer 14.	1460
	16.1 Vertragspreis	1460
	16.2 Zahlungen des Auftraggebers	1460
	16.2.1 Vorauszahlungen	1460
	16.2.2 Zahlungen auf Interim Payment Certificates (Abschlusszahlungen)	1461
	16.2.3 Zahlung auf das Final Statement Certificate.	1461
	16.2.4 Weitere Zahlungsansprüche des Auftragnehmers	1463
	16.3 Anspruch auf Verzugszinsen	1463
	16.4 Regelungen des Yellow and Silver Book.	1463
	16.5 FIDIC 2017	1464
17	Kündigung des Auftraggebers (Termination by Employer), Ziffer 15.	1465
	17.1 »Freie« Kündigung	1465
	17.2 Kündigung mit besonderem Grund	1465
	17.2.1 Besondere Kündigungsgründe	1466
	17.2.2 Rechtsfolgen der Kündigung mit besonderem Grund.	1466
	17.3 FIDIC 2017	1467
18	Einstellen der Arbeiten und Kündigung durch den Auftragnehmer (Suspension and Termination by Contractor), Ziffer 16.	1467
	18.1 Einstellen oder Reduzieren der Arbeiten	1468
	18.2 Kündigung durch den Auftragnehmer.	1468
	18.3 Rechtsfolgen der Kündigung.	1468
	18.4 FIDIC 2017	1469
19	Haftung und Schadenersatz.	1469
	19.1 Haftung bei Nichterreichen von Leistungs- und Betriebswerten	1471
	19.2 Haftungsbeschränkungen	1472
	19.3 FIDIC 2017	1473
20	Versicherungen (Insurance), Ziffer 18	1474
21	Höhere Gewalt (Force Majeure), Ziffer 19.	1475
	21.1 Definition.	1476
	21.2 Anzeige- und Schadensminimierungspflicht	1476
	21.3 Anspruch auf Bauzeitverlängerung	1476
	21.4 Kündigung des Vertrages und Vergutungsfolgen	1476
22	Zusätzliche Ansprüche, Streitigkeiten und Schiedsgerichtsbarkeit (Claims, Disputes and Arbitration), Ziffer 20	1477
	22.1 Ansprüche auf Bauzeitverlängerung.	1477
	22.2 Ansprüche auf Mehrvergütung bzw. Preisanpassung	1477
	22.3 Streitbeilegungsverfahren.	1480
	22.3.1 Entscheidung über Claims durch den Engineer	1480
	22.3.2 Dispute Adjudication Board (DAB).	1481
	22.3.3 FIDIC 2017.	1485
	22.3.4 Arbitration (Schiedsverfahren)	1487
23	Exkurs: Auseinandersetzung im gerichtlichen Verfahren	1489
	Stichwortverzeichnis	1491